

Familienpolitische Leitlinien des Sozialdienst katholischer Frauen

Für eine gerechte Gesellschaft – Frauen stärken, Lebensverhältnisse verbessern

Genese

Die familienpolitischen Leitlinien des SkF wurden 2009 als Rahmen für Stellungnahmen und politische Positionierungen beschlossen. Sie werden auf Grundlage der Erfahrungen der Ortsvereine, der neueren Positionspapiere zur eigenständigen wirtschaftlichen Sicherung, zu fair verteilter Sorgearbeit und zu den Chancen jedes Kindes sowie im Lichte des politischen Programms 2025 fortgeschrieben und schließen die Positionierung des SkF "Beziehungen und Sexualität" mit ein.

Der vorliegende Text rückt die Perspektive von Frauen, ihre eigenständige Existenzsicherung und ihre volle Gleichberechtigung bewusst ins Zentrum.

Grundverständnis von Familie

Familie verstehen wir als **alle verantwortungsvollen, verbindlich gelebten und auf Dauer angelegten Beziehungen zwischen Menschen verschiedener Generationen.**

Unser Familienverständnis ist bewusst inklusiv und orientiert sich an den realen Lebensverhältnissen von Menschen.

Damit tragen wir der Vielfalt heutiger Lebensformen Rechnung und wenden uns gegen ein einseitig normatives Familienbild. Entscheidend ist nicht die Form des Zusammenlebens, sondern die gegenseitige Übernahme von Verantwortung, Fürsorge und Verlässlichkeit.

Dieses Verständnis bildet die Grundlage unserer sozial- und familienpolitischen Positionen.

1. Selbstverständnis und feministische Haltung

Als Frauenfachverband der sozialen Arbeit vertreten wir eine klare feministische Haltung: Wir setzen uns für die strukturelle Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen ein.

Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass gesellschaftliche Strukturen weiterhin geschlechtsspezifische Ungleichheiten produzieren. Dem stellen wir uns entschieden entgegen und lehnen jede Form des Antifeminismus sowie der Diskriminierung ab.

Durch Aufklärung, Reflexion und die Förderung geschlechtersensibler Haltungen tragen wir dazu bei, stereotype Rollenbilder zu hinterfragen, Chancengerechtigkeit zu stärken und ein respektvolles, gleichberechtigtes Miteinander zu fördern.

Wir sind der Überzeugung, dass für eine Zukunft, die von sozialer Gerechtigkeit geprägt ist, eine gelingende Geschlechtergerechtigkeit die Voraussetzung ist.

2. Eigenständige Existenzsicherung als Schlüssel zur Gleichstellung

Die eigenständige wirtschaftliche Sicherung ist zentrale Voraussetzung für Gleichstellung. Frauen müssen über den gesamten Lebensverlauf hinweg in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt unabhängig zu sichern.

Strukturelle Hürden verhindern dies weiterhin:

- geschlechterstereotype Berufswahl und Abwertung sozialer Berufe
- erschwelter Zugang zu Ausbildung, insbesondere für junge Mütter
- Erwerbsunterbrechungen durch Sorgearbeit
- Teilzeitfallen und fehlende Aufstiegsperspektiven

Ergänzend wird deutlich:

Auch steuer- und arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen setzen Fehlanreize. Insbesondere das Ehegattensplitting und Minijobs fördern Abhängigkeiten statt eigenständiger Existenzsicherung. Frauen verbleiben häufig in geringfügiger Beschäftigung ohne soziale Absicherung und langfristige Perspektive.

Wir fordern daher:

- einen Rechtsanspruch auf begleitete Ausbildung und Weiterbildung
- den Ausbau von Teilzeitausbildung für Elternteile
- existenzsichernde Löhne und Aufwertung sozialer Berufe
- Abschaffung struktureller Fehlanreize (z. B. Minijobs als Dauerlösung)
- Reform des Steuerrechts hin zu Individualbesteuerung

Eigenständige Erwerbstätigkeit muss politisch ermöglicht und abgesichert werden.

3. Gelebte Gleichstellung im Alltag

Gleichstellung muss sich im Alltag von Frauen realisieren. Viele bestehende Leistungen erreichen insbesondere Frauen in prekären Lebenslagen nicht ausreichend.

Gelebte Gleichstellung bedeutet:

- gleiche Teilhabechancen
- passgenaue Unterstützungsangebote
- Abbau struktureller Hürden

Gleichberechtigung erfordert Rahmenbedingungen, die Vereinbarkeit ermöglichen und partnerschaftliche Aufgabenteilung fördern.

Wir fordern:

- niedrigschwellige, integrierte Unterstützungsstrukturen
- inklusive Angebote für alle Frauen
- konsequente Ausrichtung politischer Maßnahmen an realen Lebenslagen

4. Gewaltschutz als Grundvoraussetzung von Freiheit

Gewalt gegen Frauen ist ein strukturelles Problem und Ausdruck von Machtungleichheiten. Sie tritt in vielfältigen Formen auf: physisch, psychisch, sexualisiert, ökonomisch, strukturell und digital.

Die bestehenden Schutzstrukturen reichen nicht aus. Es fehlen bundesweit ausreichende Schutzplätze für Frauen und ihre Kinder, und der Zugang zu Unterstützung ist oft erschwert.

Besonders gefährdet sind Frauen in vulnerablen Lebenssituationen, etwa:

- wohnungslose Frauen
- Frauen in Abhängigkeitsverhältnissen
- Frauen mit Migrationserfahrung
- Frauen in Trennungs- und Konfliktsituationen

Ein bislang nicht ausreichend berücksichtigter Aspekt ist die **Auswirkung häuslicher Gewalt auf Kinder sowie auf Fragen von Sorge und Umgang**. Kinder, die häusliche Gewalt miterleben, sind immer mitbetroffen – auch dann, wenn sie nicht unmittelbar selbst Opfer körperlicher Gewalt werden. Das Miterleben von Gewalt stellt eine erhebliche Gefährdung des Kindeswohls dar und kann nachhaltige psychische, emotionale und soziale Folgen haben.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht vertretbar, häusliche Gewalt ausschließlich als ein Problem zwischen den Eltern zu betrachten. Die Anerkennung von Kindern als Opfer ist in der Istanbul-Konvention festgeschrieben und muss somit ebenfalls im Sorge- und Umgangsrecht umgesetzt werden.

Wir fordern:

- eine konsequente Berücksichtigung häuslicher Gewalt in allen familiengerichtlichen Verfahren
- eine vorrangige Orientierung am Kindeswohl unter Einbeziehung der Gewalterfahrungen
- klare gesetzliche Regelungen, die den Schutz von Kindern und gewaltbetroffenen Elternteilen sicherstellen
- den Ausschluss von Umgangskontakten, wenn diese das Kindeswohl gefährden
- verpflichtende Qualifizierung von Familiengerichten, Jugendämtern und Verfahrensbeiständen im Umgang mit häuslicher Gewalt
- eine enge Verzahnung von Gewaltschutz, Kinder- und Jugendhilfe sowie Familienrecht
- Implementierung und Umsetzung des Gewalthilfegesetzes
- den Ausbau von Schutzeinrichtungen nach der Istanbul-Konvention

5. Vielfalt von Lebens- und Betreuungsmodellen anerkennen

Familien leben heute in vielfältigen Konstellationen. Diese Vielfalt muss sich in politischen Rahmenbedingungen widerspiegeln.

Besonders belastet sind:

- Alleinerziehende
- Familien mit geringem Einkommen
- Familien mit Migrationsgeschichte
- Familien mit beeinträchtigten Angehörigen
- Pflegende Angehörige

Unterstützungsleistungen müssen unterschiedliche Lebensentwürfe berücksichtigen und existenzsichernd ausgestaltet sein.

Wir fordern:

- eine existenzsichernde Kindergrundsicherung
- Ausbau inklusiver Bildungs- und Betreuungsangebote
- langfristige Finanzierung Früher Hilfen

6. Partnerschaftlichkeit in der Familienphase

Partnerschaftlichkeit ist ein zentrales Element von Gleichstellung – wird jedoch strukturell erschwert.

Mit der Geburt eines Kindes kommt es häufig zu einer Rückkehr zu alten Rollenmustern, die langfristige ökonomische Nachteile für Frauen nach sich ziehen. Diese Entwicklung wird durch gesellschaftliche Leitbilder, steuerliche Rahmenbedingungen und unzureichende Infrastruktur zusätzlich verstärkt.

Frauen leisten weiterhin deutlich mehr unbezahlte Sorgearbeit; der Gender-Care-Gap bleibt bestehen. Das führt dazu, dass sie häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind und ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko tragen – insbesondere im Alter.

Gleichzeitig beobachten wir gesellschaftliche Tendenzen einer **Retraditionalisierung von Geschlechterrollen**, die sich unter anderem in medialen Diskursen und sogenannten „Tradwife“-Narrativen widerspiegeln. Im Zentrum steht hier die Auffassung, dass Frauen primär für Haushalt, Kinder und Familie zuständig sind und sich dem Mann unterordnen sollen, während Männer die ökonomische Verantwortung tragen. Frauen gelten in diesem Kontext nicht als gleichwertig oder gleichberechtigt.

Aktuelle Diskurse um vermeintlich „frei gewählte“ traditionelle Rollenmodelle blenden häufig aus, dass Entscheidungen immer in strukturellen Kontexten getroffen werden. Eine Rückkehr zu klassischen Alleinverdiener-Modellen bedeutet für viele Frauen:

- reduzierte Erwerbschancen
- geringere soziale Absicherung
- erhöhte Abhängigkeit vom Partner
- langfristige Risiken von Altersarmut

Wir fordern daher:

- Rahmenbedingungen, die echte Wahlmöglichkeiten eröffnen statt struktureller Rückdrängung von Frauen in traditionelle Rollen
- gleichberechtigte Beteiligung beider Elternteile an Erwerbs- und Sorgearbeit
- politische Maßnahmen gegen strukturelle Fehlanreize (z. B. Steuer- und Minijobregelungen)

Partnerschaftlichkeit muss strukturell abgesichert werden – nicht durch romantisierte Rollenbilder ersetzt werden.

7. Sorgearbeit neu bewerten und strukturell absichern

Sorgearbeit ist eine zentrale gesellschaftliche Ressource – wird jedoch systematisch abgewertet und überwiegend von Frauen geleistet.

Gleichzeitig fehlen ausreichende Unterstützungsstrukturen:

- Familien sind häufig überlastet
- haushaltsnahe Dienstleistungen sind oft prekär organisiert
- Beschäftigte in diesem Bereich arbeiten vielfach ohne soziale Absicherung

Wir fordern:

- Anerkennung und Aufwertung von Sorgearbeit
- Ausbau haushaltsnaher Dienstleistungen als reguläres, sozial abgesichertes Arbeitsfeld
- Einführung eines Gutscheinsystems zur Förderung solcher Dienstleistungen
- bessere Unterstützung für Familien im Alltag

Eine gerechte Gesellschaft erfordert eine gerechte Verteilung und Bewertung von Sorgearbeit.

8. Altersarmut von Frauen wirksam bekämpfen

Altersarmut ist die Folge struktureller Ungleichheiten im Lebensverlauf.

Frauen sind besonders von Altersarmut betroffen aufgrund von:

- Teilzeitarbeit
- Erwerbsunterbrechungen
- niedrigen Löhnen
- Minijob-Biografien

Die Kombination aus Sorgearbeit, fehlender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und strukturellen Fehlanreizen verstärkt dieses Risiko.

Wir fordern:

- stärkere Anerkennung von Sorgearbeit in der Alterssicherung
- Förderung durchgängiger Erwerbsbiografien von Frauen, um eigenständige Alterssicherung für Frauen zu erreichen. Einbeziehung Selbstständiger in die gesetzliche Rentenversicherung (Hebammen, Gesundheitsberufe)

- gezielte Unterstützung für armutsgefährdete ältere Frauen (Weiterentwicklung der Grundsicherung im Alter und der Grundrente)

9. Kinderarmut bekämpfen – Zukunft sichern

Kinderarmut ist eng mit der Lebenssituation von Frauen verknüpft.

Eine nachhaltige Bekämpfung erfordert:

- materielle Absicherung
- Bildungszugang
- soziale Teilhabe

Wir brauchen eine existenzielle Grundsicherung für Kinder als zentrales Instrument.

Wir fordern:

- Einführung einer Kindergrundsicherung
- Vereinfachung bestehender Leistungen
- gezielte Unterstützung für besonders belastete Familien

10. Schlussfolgerung: Frauen stärken heißt Gesellschaft stärken

Die Gleichstellung von Frauen ist eine zentrale Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit.

Eine feministisch ausgerichtete Politik:

- sichert ökonomische Unabhängigkeit
- stärkt unsere sozialen Sicherungssysteme
- schützt vor Gewalt
- ermöglicht partnerschaftliche Lebensmodelle
- bekämpft Armut über Generationen hinweg

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Frauen selbstbestimmt, sicher und wirtschaftlich unabhängig leben können – in allen Lebensphasen.

Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e.V.
Delegiertenversammlung, 24.06. bis 25.06.2026
Siegburg